

Antwort auf Mündliche Anfrage

Welche Gesetze plant die Landesregierung?

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner, Christian Dürr, Christian Grascha, Jörg Bode, Dr. Marco Genthe, Björn Försterling, Sylvia Bruns, Hillgriet Eilers, Hermann Grupe, Dr. Gero Hocker, Gabriela König, Horst Kortlang und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Landesregierung hat in zahlreichen Pressekonferenzen und Interviews einzelner Minister ihr Initiativwerden angekündigt. So hat der Innenminister in der 2. Sitzung des Innenausschusses am 4. April 2013 eine Novellierung des Niedersächsischen SOG angekündigt. Außerdem werde es bei dem Niedersächsischen Versammlungsgesetz einige Überprüfungen mit dem Ziel der Stärkung des Demonstrationsrechtes geben.

Die Justizministerin kündigte ihrerseits in der Sitzung des AfRuV am 10. April 2013 an, sie wolle Richterwahlausschüsse schaffen und damit die demokratische Legitimation der Justiz stärken.

Im Rahmen einer Kleinen Anfrage zur mündlichen Beantwortung in einer Sitzung des Landtages am 5. Juni 2015 (TOP 24, Nr. 31) hat die Kultusministerin erklärt: „Die Landesregierung erarbeitet derzeit intensiv den Gesetzentwurf eines neuen KiTaG. Aufgrund der Vielzahl der geplanten Änderungen wird es sich voraussichtlich um eine Neufassung dieses Gesetzes handeln.“

Im Rahmen des niedersächsischen Philologentages am 25. November 2015 in Goslar sagte Ministerpräsident Stephan Weil: „Ich finde es deswegen sehr gut, dass Kultusministerin Heiligenstadt in einem groß angelegtem Projekt ausloten will, auf welche Weise die Schulen in Niedersachsen sich besser auf den Kern ihrer Arbeit konzentrieren können. Man mag es eine ‚Entrümpelungsaktion‘ nennen oder eine andere Überschrift finden - ich wünsche diesem Vorhaben jedenfalls alles erdenklich Gute. Die Kultusministerin wird alle Lehrerinnen und Lehrer in Niedersachsen, aber auch selbstverständlich alle Verbände einladen, mit ihren Vorschlägen zu diesem Vorhaben beizutragen. Sie wird diese Vorschläge nicht im stillen Kämmerchen, sondern mit den Interessenverbänden darauf abklopfen, möglichst viel Zeit und möglichst viel Energie für die individuelle Förderung der jungen Leute einsetzen zu können. Gehen Sie davon aus, dass ich dieses Projekt und seine Ergebnisse mit großem Interesse verfolgen werde.“

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Mitglieder der Landesregierung kündigen gesetzgeberische Initiativen an, um die Öffentlichkeit zu informieren sowie um die betroffenen Verbände und Einzelpersonen möglichst frühzeitig in den Diskurs über die inhaltliche Ausgestaltung von Gesetzesinitiativen einzubinden.

Die in der Vorbemerkung der Abgeordneten genannten Novellierungen des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung, des Niedersächsischen Versammlungsgesetzes sowie des Gesetzes zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Justiz sind ebenso in den Antworten zu den Fragen 1 und 2 genannt wie die beabsichtigte Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder. Dagegen bleibt eine in Vorbereitung befindliche Initiative zu dem von den Abgeordneten erwähnten Projekt, mit dem sich Schulen besser auf den Kern ihrer Arbeit konzentrieren können, unerwähnt, weil es sich nach derzeitigem Stand um untergesetzliche Änderungen handeln würde.

Die Antworten auf die Fragen 1 bis 3 beruhen auf einer kurzfristig durchgeführten Ressortabfrage. Sie geben das Ergebnis der Ressortabfrage wieder. In Abgrenzung zur Planung (siehe Frage 3) werden deshalb in der Antwort zu den Fragen 1 und 2 diejenigen Gesetzesinitiativen aufgeführt, die

nach derzeitigem Stand bereits soweit vorstrukturiert sind, dass sie - vorbehaltlich einer Entscheidung der Landesregierung - als Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht könnten. In der Regel sind solche Gesetzesvorhaben aufgenommen, bei denen ein Eckpunktepapier oder ein Referentenentwurf vorliegt bzw. das Verfahren bei der Arbeitsgruppe Rechtsvereinfachung eingeleitet wurde.

In der Antwort zu Frage 3 sind diejenigen Gesetzesinitiativen aufgeführt, bei denen nach derzeitigem Stand mit hinreichender Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, dass sie noch in dieser Legislaturperiode als Gesetzesinitiative in den Landtag eingebracht werden können. Es handelt sich dabei um solche Vorhaben, bei denen die oder der zuständige Ressortverantwortliche ihre oder seine grundsätzliche Zustimmung zu einer Gesetzesinitiative zum Ausdruck gebracht hat. Vorhaben, die lediglich auf Arbeitsebene angedacht worden sind, sind nicht aufgeführt, weil hier der Willensbildungsprozess sowohl in den einzelnen Ressorts als auch innerhalb der Landesregierung noch nicht abgeschlossen ist. Zudem weist die Landesregierung darauf hin, dass die Übersicht der Gesetzesvorhaben in der Antwort zu Frage 3 eine Momentaufnahme darstellt. Durch hinzutretende Umstände oder sich verändernde Sachverhalte können sich naturgemäß für die Landesregierung Handlungsnotwendigkeiten ergeben, die dann durch entsprechende Gesetzesinitiativen nachvollzogen werden oder im Einzelfall die Weiterverfolgung einer Gesetzesinitiative nicht länger angezeigt erscheinen lassen. Die Übersicht ist daher für die Zukunft weder verbindlich noch abschließend, sondern gibt den derzeitigen Planungsstand wieder.

1. Welche Gesetze sind in Ressortverantwortung welches Ministeriums derzeit in Vorbereitung?

MJ	
Gesetzgebungsvorhaben	Verfahrensstand
Gesetz zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Justiz (Einführung Richterwahlausschuss und erweiterte Mitbestimmung)	Ressortbeteiligung
Informationszugangsgesetz	Ressortbeteiligung
MK	
Gesetzgebungsvorhaben	Verfahrensstand
Revision des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KITaG)	Erarbeitung eines Referentenentwurfs
ML	
Gesetzgebungsvorhaben	Verfahrensstand
Novelle Landwirtschaftskammergesetz	Erarbeitung eines Referentenentwurfs
Änderung des Niedersächsischen Jagdgesetz	Anhörung und Ressortabstimmung abgeschlossen, Kabinettsbefassung voraussichtlich im Januar 2016
Naturzugangsgesetz	Ein Eckpunktepapier zum Naturzugangsgesetz wurde erarbeitet. Ein Einbringen in den Landtag im Jahr 2016 wird angestrebt.
Änderung des Niedersächsischen Waldgesetz	Erarbeitung des Referentenentwurfs
Tierschutzverbandsklage	Ressortbeteiligung
Grundstücksverkehrsrecht	Ressortbeteiligung
MW	
Gesetzgebungsvorhaben	Verfahrensstand
Novelle des Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetzes	Ressortabstimmung vor 2. Kabinettsbefassung
Änderung des Niedersächsischen Ingenieurgesetzes	Beteiligung AGRV
Änderung des Niedersächsischen Architektengesetzes	Beteiligung AGRV
MU	
Gesetzgebungsvorhaben	Verfahrensstand
Klimaschutzgesetz	Erarbeitung des Referentenentwurfs
Wasserrechtsnovelle: Niedersächsisches Wassergesetz (NWG), Niedersächsisches Ausfüh-	Erarbeitung des Referentenentwurfs

rungsgesetz zum Abwasserabgabengesetz (AG AbwAG)	
Novelle des Naturschutzrechts: Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NdsAGBNatSchG), Folgeänderungen für die gesetzlich geregelten Großschutzgebiete Nationalpark Harz, Nationalpark Wattenmeer und Biosphärenreservat Elbtalaue - NPGHarzNI, NWattNPG, NElbtBRG	Erarbeitung des Referentenentwurfs
Niedersächsisches Gesetz über die Erfassung und Übergabe von Schiffsabfällen und Ladungsrückständen (Schiffsabfallgesetz - NSchiffAbfG)	Erarbeitung des Referentenentwurfs
Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum Wasserverbandsgesetz (Nds. AG-WVG)	Kabinettsbefassung Anfang 2016
MS	
Gesetzgebungsvorhaben	Verfahrensstand
Novellierung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG)	Ressortbeteiligung auf Fachebene
Niedersächsisches Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung - Nds. Behindertenteilhabegesetz (NBTG)	Erarbeitung eines Referentenentwurfs
Kammergesetz für die Pflegeberufe (PflegeKG)	Verbandsbeteiligung
Niedersächsisches Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG)	Verbandsbeteiligung
Niedersächsisches Gesetz zur Ausführung des Transplantationsgesetzes des Bundes (NAGTPG)	Beteiligung AGRV
Niedersächsische Bauordnung (NBauO)	Auswertung nach erster Verbandsbeteiligung/Überarbeitung Referentenentwurfs
Niedersächsisches Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (NBQFG)	Vorbereitung der Kabinettsentscheidung zur Einbringung in den Landtag
Niedersächsisches Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch private Initiativen	Erarbeitung eines Referentenentwurfs
Kammergesetz für die Heilberufe (HKG)	Ressortabstimmung
Gesetz über das klinische Krebsregister Niedersachsen (GKKN)	Umsetzung erfolgt erst nach Erledigung der Umsetzung des GAnstKKN
Niedersächsisches Gesundheitsfachberufegesetz	Beteiligung AGRV
Niedersächsisches Hebammengesetz	Beteiligung AGRV
Gesetz über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (BestattG)	Erarbeitung eines Referentenentwurfs
MI	
Gesetzgebungsvorhaben	Verfahrensstand
Novellierung des Gefahrenabwehrrechts (Nds. SOG)	Erarbeitung eines Referentenentwurfs
Novellierung Niedersächsischen Versammlungsgesetzes (NVersG)	Erarbeitung eines Referentenentwurfs
Staatsvertrag über die Einrichtung und den Betrieb eines Rechen- und Dienstleistungszentrums zur Telekommunikationsüberwachung der Polizeien im Verbund der norddeutschen Küstenländer (RDZ-TKÜ)	Ressortbeteiligung
Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz	Kabinettsbefassung Anfang 2016
Neubildung der Gemeinde Walkenried	Verbandsbeteiligung
Neubildung der Gemeinde Remlingen-Semmenstedt	Verbandsbeteiligung

Novellierung des NKAG	Verbandsbeteiligung
Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettdG) und der AIIGO	Beteiligung AGRV
Novellierung des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes	Ressortabstimmung und Abstimmung mit der StK (Arbeitsgruppe Rechtsvereinfachung) sind abgeschlossen
Novellierung des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes	Erarbeitung eines Referentenentwurfs
Gesetz zur Förderung und zum Schutz der elektronischen Verwaltung in Niedersachsen (inklusive Regelungen zur Informationssicherheit und E-Rechnung)	Erarbeitung eines Referentenentwurfs
Neufassung des Niedersächsischen Gesetzes über Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure (NÖbVIngG)	Erarbeitung eines Referentenentwurfs
StK	
19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag	Kabinettsbefassung Anfang 2016
Änderung des NDR-Digitalradio-Staatsvertrages	Vorunterrichtung des Landtages Anfang 2016

2. Wie ist der jeweilige Verfahrensstand?

Siehe die Antwort zu Frage 1.

3. Welche Vorhaben plant die Landesregierung noch in dieser Legislaturperiode in den Landtag einzubringen?

Siehe nachfolgende tabellarische Übersicht.

ML
Landes-Raumordnungsprogramm
MW
Landesrechtliche Regelung für Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG
Novelle des Niedersächsischen Gesetzes über einheitliche Ansprechpartner (NEAG)
MS
Niedersächsisches Pflegegesetz (NPflegeG)
MI
Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes insbesondere zur Einführung einer Familienpflegezeit für Beamtinnen und Beamte